

Wohnungsfrage im Deutschland.
Frauensendung 27.06.2019

Die Mieten sind in vielen Städten in den vergangenen Jahren zu stark gestiegen und das Leben wird für Menschen mit geringem Einkommen, wie Sozialhilfe- oder Harz IV-Empfänger*innen, Rentner*innen und Billiglohnarbeiter*innen ein echtes Problem. Sie müssen einen hohen Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Während Häuser leer stehen, finden Wohnungssuchende keine bezahlbaren Wohnungen.

Bereits 2018 und auch dieses Jahr gab es in verschiedenen Städten große Demonstrationen gegen steigende Mieten und Zwangsräumungen.

Als Beispiel Berlin im April 2018 mit 25.000 Menschen.

Oder Hannover im November 2018 mit dem Motto „Wohnraum ist Lebensraum“, „unsere Wohnungen sind nicht verhandelbar“ und „Wohnraum ist keine Renditeobjekt“.

Im 2019: europaweite Aktionstage vom 27 März bis 6. April unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn“. Am 6. April 2019 gab es u.a. Demonstrationen und Aktionen in den Städten: Amsterdam, Barcelona, Dortmund, Dresden, Frankfurt, Freiburg, Jena, Köln, Leipzig, Lissabon, München, Münster, Paris, Potsdam, Stuttgart und auch in Hannover

Ich meine: geeigneter Wohnraum ist ein Grundbedürfnis und deshalb ein Menschenrecht.

Die Situation heute ist eine Menschenrechtsverletzung.

Es werden zu diesem Thema viele Projekte und Forschungen durchgeführt. Es werden Geschichten geschrieben und gesammelt, z.B. die neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung: „Das Wohnungsproblem in den Grossstädten. Wie groß ist das Wohnproblem in Deutschland?“

In dieser Studie können wir bemerkenswerte Informationen über das Thema finden: „Vier von zehn Großstadthaushalten, in denen rund 8,6 Millionen Menschen leben, müssen eine problematisch hohe Mietbelastung tragen. In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen, darunter etwa 1,4 Millionen günstige Apartments unter 45 Quadratmetern für Einzelpersonenhaushalte. Am

stärksten Betroffenen sind Singles mit geringen Einkommen, aber auch Familien mit fünf und mehr Personen haben zunehmend Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

(...) Mieten explodieren, Wohnungen werden luxussaniert, seit Jahren wird zu wenig gebaut. Für Arbeitnehmer ist in vielen Städten kein Platz mehr.“

Die Autor*innen der Studie sehen die Lösung für das Problem in Wohngeld, sozialem Wohnungsbau und der Mietpreisbremse.

Dies seien die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden kann.

Ein weiteres Beispiel: Beim Projekt #MeineMitte der Süddeutschen Zeitung haben 57.000 Menschen mitgemacht und ihre Erfahrungen mit der Miete aufgeschrieben.

Wir lesen: „Anna Maier ist eine von ihnen. Sie hat im Ausland studiert, arbeitet Vollzeit im Consulting einer IT-Firma und sucht eine Wohnung in München. Seit drei Jahren, ohne Erfolg.

Die Immobilienpreise und Mieten sind in den vergangenen Jahren in vielen deutschen Städten in einem irrwitzigen Tempo gestiegen und haben das Wohnen zur entscheidenden sozialen Frage unserer Zeit gemacht.

Da sind die Jungen Eltern, die ihr Kind in einer WG großziehen, weil sie sich die Miete für eine eigene Wohnung nicht leisten können.

Da sind die alten Ehepaare, die sich vor dem Tod des Partners auch deshalb fürchten, weil sie die Wohnung dann nicht mehr halten und eine neue nicht bezahlen können.

Da sind die alleinerziehenden Mütter, die sich das Leben kaum mehr leisten können, weil mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete draufgeht.

Und da sind die Frauen die von Frauenhaus zurück zu ihren sie prügelnden Männern ziehen, weil sie keine bezahlbare Wohnung finden.“

Im folgenden möchte ich meine Geschichte erzählen. Meine Geschichte als eine Wohnungssuchende. Ich habe eine Gehbehinderung von 80 Grad. Oft habe ich Probleme mit meiner Prothese, mein Bein ist geschwollen und wund. Wegen der Treppen zu meiner Wohnung kann ich aber meinen Rollstuhl nicht benutzen. Das führt dazu, dass diese Situation manchmal über mehrere Monate andauert.

Ich wohne in einer normalen Wohnung, die nicht an meine Behinderung angepasst ist- Über einen längeren Zeitraum hatte ich Angst, zu Hause zu duschen. Ich duschte im Schwimmbad.

Seit vielen Jahren suche ich nach einer behindertengerechten Wohnung. In diesem Zeitraum habe ich einen für einen B-schein bezahlt, aber ich bekam keine Angebote.

Ich bin Rentnerin und wie viele andere Menschen, bin ich nach dem Ende meiner Erwerbsarbeit in Armut gefallen. Das ist ein Phänomen, das sich momentan im Kapitalismus auch mit der prekären Arbeit wiederholt. Mein Einkommen war nicht hoch genug, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Deshalb musste ich Grundsicherungsrente beantragen.

Ich meine, das ist ein Recht. Manche andere meinen dagegen, es sei eine Schande. Dies ist der Grund, warum ich keine Wohnungsangebote bekomme.

Ich gebe ein Beispiel: vor einem Monat las ich auf der Straße die Werbung eines Bauunternehmens. Ich habe die Verwaltung angerufen. Eine nette Frau hat geantwortet und gefragt ob ich Rentnerin sei. Dann erzählte sie mir, dass sie viele neu gebaute Wohnungen in verschiedenen Größen von 55, 65 und mehr Quadratmetern haben. Ich habe ihr gesagt, dass eine 55m² Wohnung genug für mich ist und dass ich den B-Schein habe. Daraufhin sagte sie: „Nein, nein. Die Wohnungen sind nichts für sie. Unsere Wohnungen sind sehr teuer. 55m² kostet 850 Euro“ und Tschüss.

Ein zweites Beispiel: Ich bin seit mehr als 2 Jahren bei der Wohnungsbaugesellschaft Hanova angemeldet. In dieser Zeit bekam ich nur ein Angebot. 99% des Unternehmens gehört zum Wohnungsamt. Dort wurde mir gesagt, sie dürften SozialhilfeempfängerInnen und auch GrundsicherungsempfängerInnen keine neuen Wohnungen anbieten.

Ein drittes Beispiel: Im Wohnungsamt habe ich gefragt, warum sie mir keine Wohnungsangebote schicken. Der Berater antwortete mir, dass Sozialwohnungen keine Gewinne bringen würden. Ich habe gesagt: „Das Wohnungsamt ist kein privates Immobilienunternehmen, sondern eine städtische soziale Einrichtung. Es muss nicht unbedingt Gewinn machen.“ Bis heute habe ich noch kein Angebot.